

Geschichte der Präsidentschaftswahlen – Teil I



Die Verfassung der USA – Art. II, Abschnitt 1

Die vollziehende Gewalt liegt bei dem Präsidenten der USA. Seine Amtszeit beträgt vier Jahre, und er wird zugleich mit dem für dieselbe Amtsperiode zu wählenden Vizepräsidenten auf folgende Weise gewählt: Jeder Einzelstaat bestimmt in der von seiner gesetzgebenden Körperschaft vorgeschriebenen Weise eine Anzahl von Wahlmännern, die der Gesamtzahl der dem Staat im Kongress zustehenden Senatoren und Abgeordneten entspricht. Die Wahlmänner treten in ihren Staaten zusammen und stimmen durch Stimmzettel für zwei Personen, von denen mindestens eine nicht Einwohner desselben Staates sein darf wie sie selbst. Derjenige, der die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt, soll Präsident sein, wenn diese Zahl der Mehrheit der Gesamtzahl der bestellten Wahlmänner entspricht.



Andrew Jackson

- 7. US-Präsident -
(1829-1837)

Jacksonian Era

Bei der ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 1789 war nur rund ein Viertel der männlichen, erwachsenen Bevölkerung wahlberechtigt gewesen. Zahlreiche Vorschriften, die insbesondere Eigentumsverhältnisse, Steuerkraft und Geschlecht betrafen, schlossen die übrigen Bürger der USA von der Beteiligung an Wahlen aus. Ausgehend von den neuen Einzelstaaten, die mit der westwärtigen Landnahme entstanden und sich den USA nach und nach anschlossen, wurden die Eigentums- und Steuervorschriften allmählich aufgelockert oder aufgehoben. Diese stärkere Demokratisierung im Zeichen einer Ausweitung des Wahlrechts war während der Präsidentschaft Andrew Jacksons besonders ausgeprägt. Um die Jahrhundertmitte besaßen die meisten freien, männlichen Amerikaner das Wahlrecht. Allerdings gab es zur gleichen Zeit auch einige bemerkenswerte Einschränkungen: So durften etwa Frauen in New Jersey bis 1807 wählen und verloren dieses Recht dann für mehr als hundert Jahre. In einigen Staaten des Nordens unterlag das Wahlrecht für Afroamerikaner denselben Bedingungen, die auch für weiße Wähler galten; erst als für diese die Bindung an Besitz und Steuerlast aufgehoben wurde, gingen dieselben Einzelstaaten dazu über, das Wahlrecht auf Weiße zu beschränken.



19. Verfassungszusatz

Der 19. Zusatz zur US-Verfassung wurde vom Kongress am 4. Juni 1919 vorgeschlagen und am 18. August 1920 in die Verfassung aufgenommen. Er bestimmt:

„Das Wahlrecht der Bürger der Vereinigten Staaten darf von den Vereinigten Staaten oder einem Einzelstaat nicht auf Grund des Geschlechts versagt oder beschränkt werden.“



George W. Bush

Amtierender
US-Präsident

Seit 2001

Im August 2000 erfolgte die Nominierung George W. Bushs zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner. Gegenkandidat war der Demokrat Al Gore, der acht Jahre Vizepräsident unter Bill Clinton war. Besonders in Florida, das über 25 Wahlmänner verfügte, deren Stimmen letztlich entscheidend sein würden, waren der Vorsprung Bushs so knapp und einige Unregelmäßigkeiten so offensichtlich, dass die Demokratische Partei für einige Wahlbezirke gerichtlich eine Neuauszählung durchsetzen wollte. Der Oberste Gerichtshof Floridas entschied tatsächlich zugunsten einer Neuauszählung. Während die Neuauszählung lief, rief Bush den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten an, um das Urteil des Gerichts aus Florida zu überprüfen. Am 12.12. entschied der U.S. Supreme Court mit einer klaren Mehrheit von 7-2, dass insbesondere die Festlegung eigener Auszählungskriterien durch das Gericht in Florida verfassungswidrig und dessen Urteil daher nichtig sei. Zugleich entschieden die Verfassungsrichter mit einer Mehrheit von 5-4, dass das Bundeswahlgesetz von allen Einzelstaaten verlange, dass sie ihren Gewinner bis zum 12.12. melden müssten und dass es deshalb für eine Neuauszählung selbst nach verfassungsgemäßen Kriterien zu spät sei. Laut dem daraufhin offiziell festgestellten Wahlergebnis für Florida lag Bush 537 Stimmen vor Gore. Am 18.12. trat das Wahlmännerkollegium zusammen, in dem George W. Bush inklusive der 25 Stimmen aus Florida 271 Stimmen erhielt, Al Gore 266.

1787

1830

1920

2007

1789

1865

1965



George Washington

- Erster US-Präsident -

Die erste Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten fand am 7. Januar 1789 statt. Zu dieser Zeit gab es noch keine politischen Parteien und deshalb auch keine formelle Aufstellung von Kandidaten. Die Verfassungsväter gingen jedoch fest davon aus, dass George Washington, der Oberbefehlshaber während des Unabhängigkeitskrieges und spätere Vorsitzende der Verfassunggebenden Versammlung, zum ersten Präsidenten der USA gewählt werden würde. Als am 4. Februar 1789 die teils von den Parlamenten, teils von der Bevölkerung direkt gewählten Wahlmänner in ihren jeweiligen Einzelstaaten zusammentraten, um ihre Stimmen abzugeben, erhielt George Washington dann auch tatsächlich die Stimmen aller 69 Wahlmänner. Er ist bis heute der einzige Präsident, der einstimmig vom Wahlmännerkollegium zum Präsidenten gewählt wurde. Die zweitmeisten Stimmen (34) erhielt John Adams, ein prominenter Verfechter der amerikanischen Unabhängigkeit aus Massachusetts und zwischenzeitlich Botschafter der USA in London; er war damit zum ersten Vizepräsidenten der USA gewählt. Im Jahr 1797 folgte er auf Washington als zweiter Präsident der USA.



Bürgerkrieg und Wiedereingliederung des Südens

Nach Ende des Bürgerkrieges 1865 machte es der US-Kongress den damals besetzten Südstaaten zur Bedingung für die Wiedereingliederung in die Union, den 14. Zusatzartikel (Einführung eines nationalen Staatsbürgerrechts) anzunehmen, sondern auch neue einzelstaatliche Verfassungen zu verabschieden, die afroamerikanischen Männern das Wahlrecht ausdrücklich zugestehen mussten. Weil diese Regelungen aber immer noch zu viele Schlupflöcher ließen und es zudem in den Nordstaaten weiterhin keine allgemein verbindliche rechtliche Vorschrift gab, die den dort lebenden Afroamerikanern das Wahlrecht garantiert hätte, wurde 1870 erneut ein Zusatzartikel zur US-Verfassung verabschiedet. Das 15. Amendment schreibt vor: "Das Wahlrecht der Bürger der Vereinigten Staaten darf von den Vereinigten Staaten oder einem Einzelstaat nicht auf Grund der Rassenzugehörigkeit, der Hautfarbe oder des vormaligen Dienstbarkeitsverhältnisses versagt oder beschränkt werden." Die Südstaaten fanden allerdings bald neue Wege, Afroamerikanern das verbriefte Wahlrecht zu verweigern, indem sie erneut Einkommens- oder Steuerhürden für die Ausübung des Wahlrechts errichteten oder dieses von Lese- und Verständnisprüfungen abhängig machten. Auch den Frauen, ob weiß oder farbige, blieb das Wahlrecht weiterhin versagt.



Wahlrechtsgesetz von 1965

Der *Voting Rights Act* sollte die gleiche Beteiligung von Minderheiten an US-Wahlen gewährleisten. Im Einzelnen schaffte dieses Gesetz Analphabetismus-Tests für potenzielle Wähler ab, verbot die Änderung von Wahlbezirken, um Minderheiten zu benachteiligen, zentralisierte die Wählerregistrierung auf Bundesebene in Gegenden, in denen weniger als 50% der Einwohner registrierte Wähler waren und gab dem amerikanischen Justizministerium diverse Kontrollrechte über das Wahlgesetz in Gegenden, in denen Afro-Amerikaner mehr als 5% der Bevölkerung stellen. Das Gesetz passierte beide Häuser des Kongress mit großer Mehrheit, wurde vom damaligen Präsidenten Lyndon B. Johnson am 6. August 1965 unterzeichnet und 1970, 1975 und 1982 vom Kongress erneuert.